Inhalt

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Sie für das Tribunal „Zwangsarbeit in politscher DDR-Haft“ vom 11. – 13. September 2020 im Menschenrechtszentrum in Cottbus einzuladen. Es ist eine Kooperationsveranstaltung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ) und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und der Denkmalstiftung für Opfer des Kommunismus (Victims of Communism Memorial Foundation, Washington D.C.), gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters.

Mit dem Tribunal verfolgen wir folgende Ziele:

1. Wir wollen erreichen, dass über die zum großen Teil menschenverachtende Ausbeutung in politischer DDR-Haft in einer breiteren Öffentlichkeit gesprochen wird.

2. Wir wollen erreichen, dass eine internationale Jury Zeugen anhört, um festzustellen, ob die Merkmale von verbotener Zwangsarbeit und Ausbeutung nach den international anerkannten Definitionen erfüllt sind.

3. Wir wollen, dass die Befragung von Zeitzeugen, die Erkenntnisse mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen und das durch das Tribunal zu erwartendem Votum der internationalen Jury zu Konsequenzen in der Politik und Wirtschaft führen.

Wenn Sie Interesse an einem persönlichen Interview mit den Mitwirkenden und/oder Veranstaltern haben, können wir gerne den Kontakt herstellen.

Wenn Sie bei der Verlesung der Resolution und/oder Pressekonferenz vor Ort sein möchten, bitten wir um vorherige Anmeldung auf Grund der Corona-Regeln.

Ansprechpartner: Benjamin Baumgart baumgart@uokg.de und Sandra Czech s.czech@uokg.de

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Ihre Berichterstattung!

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski, Vorsitzender
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft

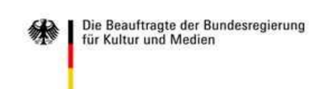
Kooperationspartner:







gefördert durch:



Initiativen und Ereignisse

Im Folgenden finden sich einige wichtige Ereignisse und Pressemeldungen zur Zwangsarbeit in der DDR.

Teil I: 1949 bis 1989

29. Januar 1949 — Der Spiegel berichtet über die Verurteilung von Wolfgang Natonek zu Zwangsarbeit. In dieser Zeit berichtet der Spiegel mehrfach über Zwangsarbeit in der SBZ/DDR und den Ländern des sowjetischen Einflussgebietes. (Der Spiegel Nr. 5/1949)

23. Mai 1951 — Der Spiegel Nr. 21/1951 berichtet ausführlich über Zwangsarbeit in den sowjetischen Lagern (u.a. Karaganda).

27. März 1952 — Der Bundestag nimmt einen Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen entgegen, der Jugendliche benennt, die von sowjetischen und deutschen Gerichten wegen politischen Widerstandes u.a. zu Zwangsarbeit verurteilt worden waren. (Deutscher Bundestag 1. Wahlperiode 1949 Drucksache Nr. 3256: Schriftlicher Bericht betr. Bemühungen zur Freilassung von in der sowjetischen Besatzungszone aus politischen Gründen inhaftierten Jugendlichen)

12. November 1952 — Erscheinen der Habilitationsschrift von Hartwig Bülck „Die Zwangsarbeit im Friedensvölkerrecht“ – im deutschen Sprachraum bis heute unübertroffen. (siehe Publikationsverzeichnis)

Juni 1953 — Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO: „In der Sowjetunion und in den ‚Volksdemokratien‘ wird systematisch Zwangsarbeit (forced labour) angewandt.“ (siehe Dokumente)

30. August 1955 — Der 1. Kongress der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger 1955 in Genf beschließt die Mindestgrundsätze zur Behandlung von Gefangenen. (siehe Dokumentation)

13. Juni 1956 — Deutschland tritt dem ILO-Übereinkommen Nr. 29 „Konvention über Zwangsarbeit“ von 1930 bei. (siehe Dokumentation)

22. Juni 1959 — Beitritt der Bundesrepublik zur ILO-Übereinkunft 105, welche die Zwangsarbeit politischer Häftlinge verbietet. (siehe Dokumentation)

1967 — Amnesty International veröffentlicht eine Broschüre über Häftlingsarbeit in der DDR. Zitat: „Wir glauben uns zu der Feststellung berechtigt, daß in allen Strafanstalten der DDR ein solcher Druck auf die Gefangenen ausgeübt wird, daß man von einem Zwangsarbeitssystem sprechen muß.“ (Politische Gefangene in der DDR. Hrsg.: Amnesty International, London 1967.)

9. September 1978 — Der Bundestagsabgeordnete Ottfried Hennig (CDU/CSU) weist in einer Anfrage an die Bundesregierung darauf hin, dass die DDR dem ILO-Übereinkommen 105 nicht beigetreten ist und dort weiter illegale Zwangsarbeit betrieben würde. (Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode Drucksache 8/2147 29.09.78)

15. November 1979 — Der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn (CDU/CSU) zitiert in der Plenardebatte des Bundestages die geheime Hymne der Cottbuser Strafgefangenen. „Es ist das Zuchthaus Cottbus/ Symbol des Sozialismus/ in Aktion.“ Er führt Beispiele aus DDR-Gefängnissen an, wo nachweislich Zwangsarbeit politischer Gefangener betrieben wurde. Namentlich nennt er Nico Hübener. (Redebeitrag zur Plenardebatte am 15. November 1979)

8. September 1982 Eine Anhörung vor dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen thematisiert u.a. auch die Zwangsarbeit. (Ausarbeitung der WD des Bundestages zur DDR-Häftlingsarbeit WD 1 – 3000 -159/12)

15. Oktober 1982 Die Firma Quelle verspricht in einem Brief an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte am 15. Oktober 1982, „darauf hin zu wirken, dass keine politischen Häftlinge bei der Herstellung von Waren, die an Quelle geliefert werden, eingesetzt werden.“ (rbb-Sendung „Klartext“ vom 9. Juli 2002)

25. März 1983 Westliche Zeitungen berichten über Todesfälle wegen Quecksilbervergiftungen unter Strafgefangenen im Chemischen Kombinat Bitterfeld. Beispiel: Artikel der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 25. März 1983: "Todeskommando" in Bitterfeld.

1984 Eine Anhörung, die von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte organisiert wurde, thematisierte u.a. auch die Zwangsarbeit. (Ausarbeitung der WD des Bundestages zur DDR-Häftlingsarbeit WD 1 – 3000 -159/12)

1986 Veröffentlichung der Broschüre der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte von 1986 auf der Basis von 135 Befragungen. (siehe Publikationsverzeichnis)

1986 Eine Anhörung, die durch „Hilferufe von drüben“ organisiert wurde, thematisierte u.a. auch die Zwangsarbeit. (Ausarbeitung der WD des Bundestages zur DDR-Häftlingsarbeit WD 1 – 3000 -159/12)

Teil II: 1990 bis zur Gegenwart

Februar 1990 Der WDR sendet eine Reportage über die Zwangsarbeit im Frauengefängnis Hoheneck und zeigt die Produktionsräume für die Betriebe ESDA und Planet.

12. März 1990 Der Spiegel berichtet unter dem Titel „Splitternackt im Spalier“ über Zwangsarbeit in der DDR. Zitat: „Und so, als sei die Menschenschinderei der Zwangsarbeiter in der Großindustrie während der NS-Herrschaft längst vergessen, sind 16 dieser Knäste sogar DDR-Betrieben angegliedert.“ (Der Spiegel Nr. 11/1990)

27. November 1990 Der ehemalige politische Gefangene Jürgen Wenzel verlangte von der Elektromotoren GmbH (ehemals VEB ELMO) die Nachzahlung des Lohnes für die geleistete Zwangsarbeit. Die ELMO GmbH versicherte Wenzel des „vollsten Verständnisses“, bestritt aber jede Mitverantwortung. Genauso reagierte die Elektro-Apparate-Werke Berlin. (UOKG-Archiv, von J. Wenzel zur Verfügung gestellt)

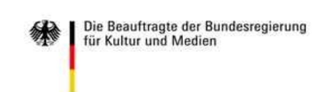
März 1992 Die im März 1992 von der Bundesregierung eingesetzte Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ nimmt das Thema „Zwangsarbeit“ nicht in den Blick.

19. Oktober 1992 Xing-Hu Kuo, der als politischer Gefangener in Bautzen sieben Jahre Zwangsarbeit leisten musste, hatte die Sächsische Landesregierung auf Schadensersatz in Millionenhöhe verklagt. Das Berliner Landgericht entschied laut Spiegel „daß die PDS, als Rechtsnachfolgerin der SED, grundsätzlich politische Häftlinge entschädigen muß. Voraussetzung ist allerdings, daß die Haftopfer nachweisen können, ‚auf Anweisungen der SED‘ verurteilt worden zu sein.“ Weil Kuo dies nicht nachweisen konnte, wies das Landgericht die Klage ab. (Der Spiegel Nr. 29/1992 und 43/1992)











1994	Das Politmagazin Kontraste berichtet über Strafgefangene in den Chlorbetrieben Buna und Bitterfeld. (Borgmann, Reinhard; Meesmann Florian: „Gift im Strafvollzug“ In: Kontraste 1994)
10.-11.Mai 2002	Schweriner Tagung zu DDR-Zwangsarbeit und Entschädigung. Initiator: Jürgen Schmidt-Pohl., (siehe Publikationsliste)
9. Juli 2002	Mehr als 200 ehemalige politische Häftlinge kündigten Klage an laut rbb, Sendung Klartext, Klageankündigung von 200 Zwangsarbeitern.
31. Mai 2004	Christina Krahner schreibt an den Petitionsausschuss des Bundestages, um eine Entschädigung für die Zwangsarbeit in der DDR zu erreichen. (Archiv Christina Krahner) Weitere Mitglieder des Klägerkreises Entschädigung von DDR-Haftzwangsarbeit ehemaliger politischer DDR-Gefangener reichen sachgleiche Petitionen ein.
2005	Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte veröffentlicht eine erweiterte Auflage ihrer Broschüre über Haftbedingungen politischer Gefangener in der DDR auf der Basis von 135 Befragungen. (Siehe Publikationsliste)
2006	Alexander Latotzky veröffentlicht eine Liste von Betrieben, für die Strafgefangene der DDR Zwangsarbeit leisten mussten. (der stacheldraht Nr. 8/2006)
13. Februar 2012	Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages untersuchen DDR-Häftlingsarbeit, sie kommen zu dem Ergebnis, dass der Begriff „Zwangsarbeit“ angemessen ist. (Vgl. Publikationsverzeichnis - WD 1 – 3000 – 159/12)
17. Mai 2012	Deutsche Welle veröffentlicht einen Beitrag des schwedischen Journalisten Björn Thunbäck über Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen für IKEA.
6. Juni 2012	Der UOKG-Vorstand schlägt der IKEA Deutschland GmbH ein Projekt zur Erforschung der Zwangsarbeit in der DDR vor. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
16. November 2012	In einer gemeinsamen Veranstaltung von UOKG und BStU stellt IKEA erste Untersuchungsergebnisse zur Zwangsarbeit von Ernst & Young vor. Die Ergebnisse werden allgemein als unbefriedigend empfunden. Wichtigstes Ergebnis ist jedoch die Entschuldigung an die Zwangsarbeiter, die für IKEA arbeiten mussten, vorgetragen von Peter Betzel, Geschäftsführer von IKEA Deutschland. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
29. November 2012	Die Zeitschrift „der stacheldraht“ kritisiert unter dem Titel „Es war nicht genug“ die Ergebnisse der Gespräche zwischen UOKG und IKEA. Gefordert werden 1. Ein umfangreiches Forschungsprojekt, 2. Stellungnahmen aus Politik und Wirtschaft, 3. Entscheidungen über Entschädigungen. („der stacheldraht“ Nr. 9/2012)
30. November 2012	MdB Patrick Kuhrt lädt im Namen der FDP-Fraktion des Bundestages zu einer öffentlichen Fachanhörung zur Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug. Eingeladen sind Christian Sachse (UOKG), Roland Jahn (BStU), Steffen Alisch (FU-Berlin), Hugo Diederich (VOS), Günter Saathof (Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft), Karin Schmidt (Juristin/Autorin) und Anna Kaminski (Stiftung Aufarbeitung).
14. Januar 2013	Die UOKG erarbeitet ein Forschungskonzept zur Zwangsarbeit in der DDR. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
1. März 2013	Offizieller Beginn des Forschungsprojektes „DDR-Zwangsarbeit“ durch die UOKG. Projektleiter ist Christian Sachse. IKEA finanzierte das Projekt mit 120.000 Euro. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)









19. März 2013	Die UOKG beginnt mit der Befragung von ehemaligen Häftlingen zur Zwangsarbeit. Bis Juli 2020 liegen 618 detaillierte, schriftliche Aussagen vor. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
26. Oktober 2013	Die UOKG veranstaltet einen Kongress unter dem Thema „Defizite bei Rehabilitierung und Entschädigung“, Christian Sachse hält dort den Vortrag „Zur Arbeit gezwungen – wo blieb das Geld?“ (UOKG-Archiv)
21. November 2013	Die Journalistin Isabel Fannrich (Deutschlandfunk) berichtet erstmals ausführlich über Zwangsarbeit in den Haftstätten Cottbus, Hoheneck und „Frohe Zukunft“ Halle/Saale. (Mediathek Deutschlandfunk „Alles nach Plan“) Fannrich berichtet danach in regelmäßigen Abständen.
14. Januar 2014	Report Mainz (Claudia Butter, Achim Reinhardt) berichten erstmals über die Profite westdeutscher Firmen bei der Ausbeutung von DDR-Zwangsarbeitern (Vgl. Report Mainz Mediathek). Report berichtet in den folgenden Jahren immer wieder neue Details.
16. Juni 2014	Die UOKG veröffentlicht unter Aufmerksamkeit der internationalen Presse ihren Forschungsbericht zur Zwangsarbeit in der SBZ/DDR. Sie stellt sieben Forderungen zur Weiterarbeit, u.a. weitere Forschung, Verhandlungen mit involvierten Firmen und deren Entschuldigung, Bildung eines Entschädigungsfonds. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG) In der Folgezeit finden Veranstaltungen u.a. in Halle/Saale, Berlin, Frankfurt/O, Ichtershausen, Maxhütte statt.
20. September 2014	UOKG-Kongress „Wir reden über Zwangsarbeit“ (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
25. September 2014	Symposium des Arbeitskreises „Aufarbeitung und Recht“, Prof. Johannes Weberling zu rechtlichen Aspekten der Zwangsarbeit. Die Ergebnisse erscheinen in einem Konferenzband im Nomos-Verlag. (Siehe Publikationsverzeichnis)
13.-14. November 2014	Halle-Forum 2014 im "Roten Ochsen" in Halle/Saale zum Thema "Zwangsarbeit im Strafvollzug in der DDR" (Archiv der UOKG)
29. November 2014	Nach Verhandlungen zwischen der UOKG und Bahnchef Rüdiger Grube bittet dieser die Zwangsarbeiter der Reichsbahn der DDR um Entschuldigung. Er kündigt ein Forschungsprojekt zur Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn der DDR an, das unter Mitarbeit der UOKG realisiert wird. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
Februar 2015	Die UOKG schreibt westliche Firmen an, die in die Zwangsarbeit politischer Gefangener involviert gewesen sein könnten. In ihren Antworten betonen die Firmen durchgängig, davon nichts gewusst zu haben. Es kommt zu verschiedenen Einzelgesprächen, in denen Firmen andeuten, Gelder in einen Fonds einzahlen zu wollen, ohne aber im juristischen Sinne Verantwortung übernehmen zu wollen. Angeschrieben wurden (oder deren Nachfolger): Aldi Nord und Süd, Baur Versand, C & A, Deutsche Bahn AG, Hertie, Kaufhof, LMBV, MIMBRAGG, Otto-Versand, Quelle, Sprela, Vattenfall, Woolworth. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)
22. Juni 2015	Die Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder, Staatssekretärin Iris Gleicke stellt ihren Bericht zur Zwangsarbeit in der DDR vor. Der Autor Jan Phillipp Wölbern bestätigt die Forschungsergebnisse der UOKG. (Siehe Publikationsliste)
11. November 2015	Im Gebäude des Magdeburger Landtages wird die Ausstellung „Hammer Zirkel Stacheldraht“ eröffnet. Sie ist ein gemeinsames Projekt der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, der Landeszentrale für politische Bildung



von Sachsen-Anhalt. Realisiert wurde die Ausstellung von Christian Sachse (UOKG). Die Ausstellung wird bis heute in ganz Deutschland gezeigt.

20. April 2016 — Die Deutsche Bahn stellt ihren Forschungsbericht zur Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn der DDR vor. Die Autoren sind: Kill, Susanne; Kopper, Christopher; Peters, Jan-Henrik. (Siehe Publikationsverzeichnis)

Juni 2016 — Auf Einladung von Jutta Fleck (Hessische Landeszentrale für politische Bildung) beginnt ein mehrjähriges Projekt an hessischen Schulen zur Zwangsarbeit in der DDR. (Autoren: Jutta Fleck, Christian Sachse, Anne Worst)

24. Juni 2017 — Gründung des Stiftungsvereins DDR-Zwangsarbeit. Der Verein stellt sich die Aufgaben, politischen Häftlingen der SED-Diktatur zu materiellen und ideellen Unterstützungen zu verhelfen. Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt. IKEA unterstützt die Gründung mit einem Stammkapital von 50.000 Euro.

17. Januar 2018 — Die UOKG stellt fest, dass die ehemaligen politischen Gefangenen der SED-Diktatur ein historisches Anrecht auf das durch die SED im Westen angehäufte Vermögen hat, die sogenannten PMO-Gelder. Sie fordert die ehemaligen Häftlinge auf, an ihre Abgeordneten und Ministerpräsidenten zu schreiben, um den Anspruch zu bekräftigen. Die UOKG beantragt in allen Bundesländern PMO-Gelder für die Entschädigung von Zwangsarbeitern. Die UOKG wendet sich darüber hinaus an die Bundeskanzlerin und weitere Bundespolitiker. Eine Auszahlung zu diesem Zweck wird rundweg abgelehnt. Immerhin entstehen daraus Anregungen für die Härtefall-Fonds verschiedener Bundesländer. Der UOKG werden Unterlagen zugespielt, die belegen, dass PMO-Gelder für absurde Anschaffungen ausgegeben werden sollen (Elektro-Grills für Berliner Parks).

2. Juni 2018 — Petition der Gruppe für Gerechtigkeit der SED-Opfer bzgl. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit der Aufforderung, den Opfern eine angemessene Entschädigung des erlittenen Unrechts zu zahlen und dazu die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

8. Juni 2018 — Das Deutsche Bahn Museum in Nürnberg eröffnet eine erneuerte Abteilung über die Deutsche Reichsbahn, in der auch die Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen thematisiert wird. Vorgestellt werden zwei Zeitzeugen, die im Reichsbahnausbesserungswerk Brandenburg Zwangsarbeit verrichten mussten. Ein Stück Stacheldraht eines politischen Gefangenen erinnert an das damals verübte Unrecht. Dargestellt wird auch eine Zelle im Zuchthaus Brandenburg-Görden und der Jochmontageplatz Wülknitz.

28. Juni 2018 — MdB Kai Wegner (CDU) fordert, bei der Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit darf es keinen Schlussstrich geben. Er fordert den Regierenden Bürgermeister von Berlin auf, einen Härtefall-Fonds für Opfer der SED-Diktatur einzurichten. (Wissenschaftliches Archiv der UOKG)

August 2019 — Die UOKG beantragt bei Staatsministerin Grütters (Bundesministerium für Kultur und Medien) die Finanzierung eines Tribunals DDR-Zwangsarbeit. Das BKM unterstützt das Tribunal finanziell mit mehr als 50.000 Euro. Enthalten sind darin die durch die Corona-Pandemie gestiegenen Kosten.



Publikationen zur DDR-Zwangsarbeit

Im Folgenden finden sich wichtige Publikationen zur Zwangsarbeit in der DDR.

Buchwald, Rainer; Sachse, Christian: Durchschnittlich intelligent und sehr vergammelt. Das illegale Arbeits- und Erziehungslager 1966/1967 in Rüdersdorf. Torgau 2014.

Bülck, Hartwig: Die Zwangsarbeit im Friedensvölkerrecht. Habil. Schrift, Universität Kiel, 12. November 1952.

DDR-Zwangsarbeit war Systemunrecht. Ein Gespräch mit Dr. Christian Sachse, Leiter des UOKG-Forschungsprojektes "Zwangsarbeit in der SBZ/DDR 1945-1990". In: Stacheldraht Nr. 1/2014 vom 28. Januar 2014, S. 4-5.

Dreier-Horning, Anke; Laudien, Karsten: Zwangsarbeit - über die Rolle der Arbeit in der DDR-Heimerziehung. Berlin 2018

Kill, Susanne; Kopper, Christopher; Peters, Jan-Henrik: Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransport in der SED-Diktatur. Klartext Verlag, Essen 2016

Neubert, Hildigund; Bastian, Uwe: Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates. Berlin 2003

Rüchel, Uta: Auf Sand gebaut - nicht nur in Rüdersdorf. In: "Antreten zur Arbeit!" Haftarbeit in Rüdersdorf. Potsdam Mai 2012

Sachse, Christian: Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014.

Sachse, Christian: Die "totale Beschäftigung der Strafgefangen". Über internationale Aspekte der DDR-Zwangsarbeit. In: Gerbergasse. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik Nr. 4/2014, S. 3-9.

Sachse, Christian: Hammer Zirkel Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR. Begleitbroschüre zur gleichnamigen Sonderausstellung. Hrsg.: Birgitt Neumann-Becker, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von Sachsen-Anhalt und Maik Reichel (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt), Magdeburg November 2015.

Schmidt, Karin: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die "Pflicht zur Arbeit" im Arbeiter- und Bauernstaat. Hildesheim 2011.

Schmidt-Pohl, Jürgen: DDR-Haftzwangsarbeit politischer Gefangener. Dokumentation mit den Materialien der Tagung für die Entschädigung politischer DDR-Haftzwangsarbeit 10./11.5.2002 in Schwerin. J. Schmidt-Pohl VpV-Aufarbeitungsinitiative, Schwerin 2010.

Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR. Klartext Verlag, Essen 2010.

Stötzer, Gabriele: Zwangsarbeitsalltag. Nähkommando Esda im Frauengefängnis Hoheneck. In: Horch und Guck Nr. 2/2008, S. 36–39.

Vesting, Justus: "Mit dem Mut zum gesunden Risiko". Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna. Hrsg.: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003.

Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR. Chr. Links Verlag, Berlin 2012.

Weberling, Johannes [Hrsg.]: Zwangsarbeit in der DDR – Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Nomos Verlag, Baden-Baden 2015.



Wilding, Alfons: Ein persönlicher Bericht der Arbeitsbedingungen zur DDR-Zeit im Zuchthaus Cottbus [„Einrücken zur Arbeit“]. Nürnberg 2019.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages [Hrsg.]: DDR-Häftlingsarbeit. WD – 3000 – 159/12 vom 13. Februar 2012.

Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Hrsg.: Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Iris Gleicke, Berlin 2015.

Wunschik, Tobias: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Ergänzung: Artikel zum Thema „Zwangsarbeit“ in der Zeitschrift „der Stacheldraht“ ab 2010:

Heft: 2/2010, 3/2010, 7/2010, 9/2010, 1/2011, 7/2011, 8/2011, 3/2012, 4/2012, 6/2012, 8/2012, 9/2012, 1/2013, 7/2013, 1/2014, 5/2014, 6/2014, 7/2014, 9/2014, 3/2015, 7/2015, 9/2015, 1/2016, 3/2016, 4/2016, 5/2016, 6/2016, 7/2016, 2/2017, 5/2017, 7/2017, 8/2017, 9/2017, 1/2018, 2/2018, 5/2018, 3/2019, 4/2019, 9/2019, 1/2020, 2/2020, 4/2020



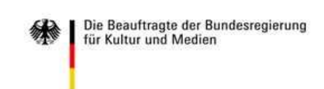
Lebensläufe

Zeugin: Angelika Schmidt

- * 1955 in Profen, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt
- 1962-1970 POS Merseburg, Schule mit Erweitertem Russischunterricht
- 1970-1974 Spezialoberschule (EOS) zur Vorbereitung auf das Russischlehrerstudium in Wickersdorf, Thüringen
- 1974 Abitur und Aufnahme des Lehrerstudiums an der PH Potsdam
- 1975 Bibliothekarische Angestellte in der Stadt- und Kreisbibliothek Luckenwalde und in der Pädagogischen Schule für Kindergärtnerinnen Luckenwalde
- 30.12.1975 Verhaftung in Česke Velenice, 3 Monate Untersuchungshaft in Budweis, ČSSR
- ab Ende März 1976, 8 Monate Untersuchungshaft beim Ministerium für Staatssicherheit Potsdam („Lindenhotel“)
- 9.9.1976 Verurteilung unter Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 213 DDR-StGB Ungesetzlicher Grenzübertritt (Republikflucht) und § 100 DDR-StGB Staatsfeindliche Verbindungsaufnahme zu 2,5 Jahren Freiheitsentzug; nach Berufung wurde der § 100 DDR-StGB fallengelassen, das Strafmaß ist gleichgeblieben
- November 1976: Überführung in die Strafvollzugseinrichtung Hoheneck (Frauenzuchthaus): Haftzwangsarbeit für den VEB Planet und Wäschekombinat Lössnitz
- 29.6.1978 Entlassung in die DDR
- 30.12.1979 Ausreise in die BRD
- 1981-1983 Ausbildung als MTA an der Dr.-Lobe-Schule Wiesbaden
- 1983 MTA am Institut für Medizinische Mikrobiologie an der Uni-Klinik Mainz
- 1985 und 1987 Geburt der Kinder
- 1993-2016 Mitarbeit in der gynäkologischen Praxis des Ehegatten
- Rehabilitierung des Urteils: am 04.02.1980 durch die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin und am 20.11.1992 durch das Bezirksgericht Potsdam
- Autobiographie: 2020 erschienen im Omnino-Verlag unter dem Titel „November – Meine Zeit als politische Gefangene im Frauengefängnis Hoheneck“

Kooperationspartner:
MENSCHEN-RECHTS-ZENTRUM COTTBUS




gefördert durch:




Zeuge: Detlef Wengel

- *1955 in Quedlinburg, Landkreis Harz, Sachsen-Anhalt
- 1961-1971 POS Friedrichsbrunn (Harz)
- 1971-1973 Ausbildung zum Buchhändler in Leipzig mit Abschluss
- April 1974 Fluchtversuch und Inhaftierung
- 17. Juni 1974 Verurteilung nach § 213 DDR-StGB Ungesetzlicher Grenzübertritt (Republikflucht) zu 3 Jahren Freiheitsentzug
- Juli 1974 Überführung in die Strafvollzugseinrichtung Torgau
- Haftzwangsarbeit: Aug. 1974 bis ca. Mitte 1975 tätig beim Kommando Landmaschinenbau Torgau (Tätigkeiten als Montagearbeiter und Bedienung einer Hydraulikpresse); Mitte 1975 Verlegung auf das Kommando Kontenstelle innerhalb der Strafvollzugseinrichtung (Bearbeitung des Eigengeldes der Strafgefangenen, Einteilung zur Arbeit, Aktenablage, Lohnberechnung und Einkaufsberechtigung der Strafgefangenen)
- 9.11.76 Entlassung in die DDR mit Auflagen wie Meldepflicht, Verbot für alle grenznahen Kreise und Berlin, 3 Jahre Arbeitsplatzbindung als Hilfskraft in einer Fleischer-PGH, Tätigkeit am Zerlegeband
- 28.02.1989 Ausreise in die BRD nach acht erfolglosen Ausreiseanträgen und einem zweitägigen Aufenthalt in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1988









